

Startseite > Geschichte, Politik & Gesellschaft > Wirtschaftskrise

Riss in der Mauer

Der Papst und die evangelische Kirche zur Wirtschaftskrise - ein Vergleich

Franz Segbers

Schon lange wurde ein klärendes Wort der Kirchen zur Wirtschaft- und Finanzkrise erwartet. Kürzlich sind nun gleich zwei Dokumente erschienen, ein Wort des Rates der EKD zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und Papst Benedikts Enzyklika *Caritas in Veritate*. Mit ihren jüngsten Äußerungen sind beide Konfessionen von früheren Positionen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik abgerückt.



Schon 1997 blockierten Ordensleute den Zugang zur Deutschen Bank in Frankfurt/Main, um auf den "gnadenlosen Kapitalismus" aufmerksam zu machen. (Foto: epd/Sascha Müller)

Schon lange wurde ein klärendes Wort der Kirchen zur Wirtschaft- und Finanzkrise erwartet. Kürzlich sind nun gleich zwei Dokumente erschienen, ein Wort des Rates der EKD zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und Papst Benedikts Enzyklika *Caritas in Veritate*. Beide sprechen in eine schwierige wirtschaftliche Lage.

Jahrelang wurde gepredigt, dass der Markt es schon richten werde. "Mehr Markt, weniger Staat", lautete die Losung. Jetzt flüchten die, die den Staat kleingeredet und geschwächt haben, unter seinen Schutzschirm. Nicht die sozialstaatlichen Leistungen haben - wie immer behauptet wird - das Wirtschaftssystem auf Kosten der Allgemeinheit in eine Krise gebracht, sondern der ungezügelter Kapitalismus. Sie ist deshalb nicht nur eine Wirtschafts-, sondern im Kern eine Orientierungskrise.

Nicht Wirtschafts-, sondern Orientierungskrise

Was haben nun das Wort des Rates der EKD zur Wirtschaftskrise mit dem Titel "Wie ein Riss in einer hohen Mauer" und die päpstliche Enzyklika gemeinsam, und was unterscheidet sie?

Wer beide Dokumente vergleichen will, muss einen grundlegenden Unterschied beachten: Das Wort der EKD ist eine Äußerung zu einem klar umschriebenen Anlass, der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Es bezieht seine Autorität von der Kraft der Argumente, will ein Debattenbeitrag sein und zur Urteilsbildung befähigen.

Enzykliken sind dagegen lehramtliche Äußerungen der römisch-katholischen Kirche. Mögen sie auch einer konkreten geschichtlichen und gesellschaftlichen Lage geschuldet sein, so beanspruchen sie doch eine überzeitliche Bedeutung.

Im Vorwort des Wortes des EKD-Rates spricht dessen Vorsitzender Wolfgang Huber von einer "neuen Zeitrechnung": Gewissheiten und Überzeugungen, die lange galten, sind dahin. "Wo eben noch Privatisierung und Deregulierung als wirtschaftliche Heilsbringer galten, war plötzlich der Ruf nach dem starken Staat zu hören." "Wie ein Riss in einer hohen Mauer" - mit diesem Wort des Propheten Jesaja - beklagt die EKD die Verantwortungslosigkeit der Eliten.

Verantwortungslosigkeit der Eliten

Sie "kann katastrophale Folgen haben - wie der Riss in einer hohen Mauer". Die EKD prangert die Verantwortungslosigkeit der wirtschaftlichen Eliten an, die den Staat und seine Regulierungskompetenz diffamiert und eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise herbeigeführt haben.

Die Enzyklika des Papstes rechnet ebenfalls in scharfen Worten mit dem Marktradikalismus und seinen Folgen ab. "Während die Armen der Welt noch immer an die Türen der Üppigkeit klopfen, läuft die reiche Welt Gefahr wegen eines Gewissens, das bereits unfähig ist das Menschliche zu erkennen, jene Schläge an ihre Tür nicht mehr zu hören." Weltweit nehme der Reichtum zu und die Ungleichheit vergrößere sich. Auch in den reichen Ländern verarmten neue Gesellschaftsklassen. Eine Globalisierung, die den Wettbewerb um "günstige Steuersätze und die Deregulierung der Arbeitswelt" antreibe, und "mit einer Reduzierung der Netze der sozialen Sicherheit bezahlt", gefährde die Rechte der Arbeiter und fundamentale Menschenrechte ernsthaft.

Dabei werden Gewinne keineswegs verteufelt. Sie müssen aber "als Mittel einem Zweck zugeordnet sein". Papst Benedikt rechnet mit der strukturgewordenen Verantwortungslosigkeit ab, "niemandem etwas schuldig zu sein außer sich selbst". Genug Reichtum sei vorhanden, er müsse nur endlich gerecht verteilt werden. Denn es gäbe "Platz für alle auf dieser unserer Erde".

Zentrales Motto der Antiglobalisierungsbewegung

Ob der Papst hier bewusst das zentrale Motto der zapatistischen Antiglobalisierungsbewegung in Lateinamerika zitiert? Die Enzyklika Benedikts will jedenfalls Papst Pauls VI. epochale Enzyklika *Populorum Progressio* von 1967 neu lesen, die im Kontext des Aufbruchs der Sechzigerjahre erschien. Mit ihr wiederholt Benedikt die Klage: "Der Skandal schreiender Ungerechtigkeit hält an."

Das Wort der EKD steht dieser Analyse in der Sache nicht nach, formuliert sie aber in einer wissenschaftlicheren Sprache: "Die Vorstellung von durchweg effizient funktionierenden Finanzmärkten ist durch die Krise widerlegt worden." Die EKD erinnert an die wirtschaftsethischen Grundüberzeugungen: "Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaftssystem unmenschlich." Wirtschaft ist ein Mittel, das sich für den Zweck nützlich erweisen muss, die Entwicklung der Menschen zu fördern.

Benedikts Enzyklika kritisiert die Verwechslung von Zweck und Mittel. Der Shareholder-Kapitalismus, der "Gewinn als Selbstzweck" verstehe, führe ins Verderben, wie die derzeitige Krise zeige.

Gewinn als Selbstzweck

Und der Markt, der ein vernünftiges Instrument sei, werde zu einem Ort der Unterdrückung der Armen durch die Reichen. Die Wirtschaft sei ein Mittel für einen lebensdienlichen Zweck: "Die ganze Wirtschaft und das ganze Finanzwesen - nicht nur einige ihrer Bereiche - müssen nach ethischen Maßstäben als Werkzeug gebraucht werden, so dass sie angemessene Bedingungen für die Entwicklung des Menschen und der Völker schaffen."

Dem Vertrauen auf die "Unsichtbare Hand des Marktes" wird die ethische Verantwortung als Schlüsselbegriff ethischer Analyse in beiden kirchlichen Äußerungen gegenüber gestellt: Ursache der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist Verantwortungslosigkeit.

Bischof Huber im Vorwort des EKD-Wortes: "Die gegenwärtige Krise zeigt deutlich, dass nur verantwortete Freiheit wirkliche Freiheit ist ... Freiheit ohne Verantwortung verkommt." Fast wortgleich die Enzyklika, wenn sie menschliches Handeln einen "Ausdruck verantwortlicher Freiheit" nennt. Der Papst kritisiert den Missbrauch der Freiheit, "wenn der Verantwortliche sich nur von egoistischen Interessen leiten lässt." Verantwortung ist der ethische Gegenbegriff zu einer fatalistischen Haltung gegenüber der Globalisierung: "Wir dürfen nicht Opfer sein, sondern müssen Gestalter werden."

Der Mensch im Mittelpunkt

Ganz in der Denkweise der traditionellen Katholischen Soziallehre mahnt die Enzyklika das

Personprinzip als Maßstab an: "Das erste zu schützende und zu nutzende Kapital ist der Mensch, die Person in ihrer Ganzheit - ? ist doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft."

So richtig es ist, von der Person her zu denken, so gefährlich ist es aber auch. Denn der Personbegriff ist abstrakt, geschichts- und kontextlos. Er hilft analytisch wie ethisch kaum weiter, sondern verbleibt im Unverbindlichen. Vor allem aber fällt er hinter die theologische Erkenntnis zurück, von einer Option für die Armen her zu denken, zu argumentieren und ethisch zu urteilen. Die Option für die Armen, die bislang auch die päpstlichen Dokumente - trotz ihrer befreiungstheologischen Herkunft - zitierten, wird jetzt ignoriert.

Bei der Vorstellung des Wortes des Rats der EKD hat dessen Vorsitzender Wolfgang Huber hingegen die biblische Option für die Armen einen rettenden, ja heilenden Maßstab genannt: "Eine Heilung in der Krise wird möglich, wenn das Schicksal der Schwachen unseren Blick auf die Wirklichkeit im Ganzen lenkt."

Der Staat und die Staatengemeinschaft sind gefordert, die Krise zu bewältigen. Darin sind sich beide kirchlichen Äußerungen einig. "Regeln der Gerechtigkeit" fordert die Enzyklika. Und das Wort der EKD fügt hinzu: eine "robuste Regulierung der Weltfinanzmärkte" und "eine wirksame Regelung der Haftung der Verantwortlichen".

Globalisierung als Chance

Die Enzyklika erwartet von einer "neuen Wertbestimmung der Rolle und der Macht der Staaten" einen entscheidenden Beitrag zur "Zivilisierung der Wirtschaft". Die Globalisierung verhindere gerade nicht solidarische Umverteilung, sondern ermögliche umgekehrt "auf weltweiter Ebene eine noch nie dagewesene große Neuverteilung des Reichtums". "Von der Politik geleitete Mechanismen zur Umverteilung" sind nicht ideologische Forderungen, sondern Erfordernisse für ein gerechtes Gemeinwesen. Die EKD nennt sie einen "Motor des sozialen Ausgleichs".

Angesichts dieser ökumenischen Eintracht darf nicht übersehen werden, dass der Staat nicht der Retter aus, sondern Bestandteil der Krise ist. Denn die Staaten haben die Politik der Deregulierung der Märkte vorangetrieben und den Banken und Unternehmen erst jene Macht gegeben, die sie genutzt haben. Deshalb ist zu fragen: Wie kann die staatliche Regulierungskompetenz so gestaltet werden, dass sie sich gegenüber der Wirtschaft und den destruktiven Kräften des Finanzmarktkapitalismus insgesamt durchsetzen kann?

Der Staat ist Bestandteil der Krise

Auch wenn in der Enzyklika des Papstes der Marktradikalismus einer kräftigen ethischen Kritik unterzogen wird, bleibt der Leser ratlos zurück. Sollensforderungen stehen hilflos moralisch kritisierten Verhältnissen gegenüber.

Was aber ist konkret zu tun? Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx verteidigt diese Ratlosigkeit in der FAZ, wenn er zugibt: "Konkrete Lösungsvorschläge sind in einer Enzyklika nicht zu erwarten." Was aber dann? Nur moralische Appelle?

Die Stärke des Wortes der EKD liegt demgegenüber darin, dass sie Orientierungen benennt und zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Orientierungen unterscheidet. Sie will nicht Politik machen, wohl aber eine andere Politik möglich machen. Die EKD fordert eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik, damit sich "die Krisenspirale nicht weiter dreht". Und die Kosten der Krise seien vor allen von den Stärkeren zu tragen. Daran wird zu erinnern sein, wenn die Rechnung aufgemacht wird, wer für die Krisenkosten aufkommen soll.

Kein großer Wurf

An einer systematischen Auseinandersetzung mit den Ursachen der Krise und den daraus zu ziehenden Folgerungen hat der Papst offenkundig kein Interesse. Er verkündet eine Wahrheit, sinnt theologisch über das Verhältnis von Liebe und Wahrheit nach und zieht dabei die aktuelle

Krise zur Illustration zivilisatorischer Probleme heran, die letztlich in einer Zivilisation ohne Gott begründet seien. Der katholische Sozialethiker Bernhard Emunds stellt der Enzyklika deshalb das Zeugnis aus: "Kein großer Wurf."

Der Papst nimmt eine Korrektur, vornehm ausgedrückt: eine "Vertiefung" der Katholischen Soziallehre vor. Nicht mehr Gerechtigkeit und Freiheit wird zum Grundprinzip der Katholischen Soziallehre sondern die "Liebe in der Wahrheit". Diese drücke sich dann in Gerechtigkeit und Solidarität mit den Menschen aus. Doch: "Die Liebe geht über die Gerechtigkeit hinaus" - und ihr voraus.

Katholisches Selbstgespräch

Das Zweite Vatikanische Konzil hatte es bewusst vermieden von "Soziallehre" zu sprechen. Denn es wollte sich von einem fertigen, naturrechtlich fundierten Lehrgebäude verabschieden. Dagegen wurde der Dreischritt "Sehen", "Urteilen", "Handeln" zum ethischen Erkenntnisprinzip, das ein neues soziales Lehren - und Lernen - der Kirche provozierte. Jetzt aber kehrt der Papst zur traditionellen Methode der Soziallehre zurück, statt im Licht des Evangeliums die "Zeichen der Zeit" zu lesen. Seine Enzyklika bleibt ein Selbstgespräch mit der lehramtlichen Traditionsentwicklung. Im Besitz der wahren Lehre umrundet der Papst überraschungsfrei in immer neuen Anläufen Probleme des Gegenwartskapitalismus und konfrontiert dessen Auswüchse mit den immer schon richtigen Lehren und Wahrheiten des kirchlichen Lehramtes.

Caritas in Veritate fehlt jene Leidenschaft, welche bedeutenden Sozialzyklen wie Populorum Progressio auszeichnete. Benedikts Enzyklika leidet nicht wirklich am Unrecht, das Menschen angetan wird. Sie ist vielmehr eine Lehre und wirkt blutleer. Sicher, es fehlt nicht an scharfsinnigen Beobachtungen und klaren Wertungen. Ja, manchmal zeigen sich geradezu visionäre Ausblicke. Doch die FAZ kommentiert zu Recht: "Selten kam eine Enzyklika hermetischer daher, bar jeden Bestrebens, den Dialog mit der zeitgenössischen Philosophie von liberal bis kommunitaristisch zu suchen und die Brücke zu anderen Weltreligionen zu schlagen. Soziallehre als katholisches Selbstgespräch - ein Trauerspiel."

Nicht Reparatur, sondern ein Neustart ist nötig

Nicht die bloße Reparatur von Krisenschäden, sondern ein Neustart jenseits des destruktiven Finanzkapitalismus ist die angemessene Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Krise des Sozialstaates und der Umwelt. Inhalte dieser Neuorientierung wären eine aktive Beschäftigungspolitik, eine produktivitätsbezogene Einkommens- und Lohnpolitik sowie eine Finanzpolitik, die alle Einkommensbezieher und Vermögenseigentümer nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert und dadurch dem globalen Spielkasino das Spielgeld entzieht. Mehr öffentliche Investitionen, mehr Beschäftigung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und ein Umsteuern in ökologische Projekte können dann durch eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes finanziert werden. Das wären Inhalte einer anderen Politik, die nötig wäre.

Das Wort der EKD verdient eine breite Diskussion. Denn es ist eine beachtliche und klare Äußerung zur rechten Zeit. Im Sommer des letzten Jahres, kurz vor Ausbruch der Finanzkrise, hatte die EKD noch eine Unternehmerdenkschrift veröffentlicht, die wegen allzu großer Nähe zu neoliberalen Denken scharf kritisiert wurde. Die EKD hatte darin jene wirtschaftspolitischen Überzeugungen übernommen, die jetzt mit der Krise zu Fall gekommen sind. Mit ihrem Wort zur Wirtschaftskrise hat die EKD offensichtlich einen Kurswechsel vollzogen. Es scheint, dass sie aus der Kritik gelernt hat.

Franz Segbers ist altkatholischer Pfarrer und Professor für Sozialethik an der Universität Marburg.